

Die Zeitschrift

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zeitschrift“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
••••• Als blendendes Glitz auf ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Zeitschrift wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitstunende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Der Struppkonzern.

Die Kahla-Schomburg Interessengemeinschaft und die anderen Aktiengesellschaften.

Wenn auch bei einer Anzahl von Betrieben des größten Porzellanindustriegebietes, Thüringen, ein Stillstand in der Entwicklung zu bemerken ist, so trifft das keineswegs für die Porzellanindustrie im allgemeinen zu. Bei einer Betrachtung des letzten krisenschweren Jahrzehnts findet man, daß die wichtigsten Teile der Porzellanindustrie dem Auge der Zeit folgten und ihre wirtschaftliche und finanzielle Stärke erheblich steigerten. Dabei war das noch kräftigere Finanzkapital sehr behilflich. Wie groß dessen Einwirkung sich bemerkbar machte, geht aus einer Uebersicht über die Ausdehnung der in Thüringen ansässigen Bank für Thüringen von W. M. Strupp hervor, die diese in der Porzellanindustrie gewonnen hat. Die Bank für Thüringen bildet mit ihren Betrieben den größten Konzern der Porzellanindustrie, zu dem 25 Proz. der größten Betriebe gehören, davon die hauptsächlichsten Werke der Geschir- und elektrotechnischen Industrie.

Diese Bank war es, die die ersten Aktiengesellschaften in der Porzellanindustrie gründete, also den Privatbesitz in allerdinge beschränkten Gesellschaftsform umwandelte und die einzelnen Aktiengesellschaften wieder zu Interessengemeinschaften zusammenschloß, um letzten Endes die immer enger, aber immer noch lückenhafte Konzernform daraus zu gestalten. Als Binde ist nämlich zu bezeichnen, daß der Konzern ein für die feinkeramische Industrie wichtiges Material, die Kohle, nicht mit zu erfassen vermochte.

Die Führerin im Struppkonzern, wie sich das Gebilde der Bank für Thüringen benennt, ist die Kahla-Schomburg Interessengemeinschaft.

Zur Kahlagruppe gehören: Die Porzellanfabrik Kahla, A.-G., mit drei Werken in Kahla. Darin sind 1600 Personen mit der Herstellung von billigem Porzellangeschirr tätig, zu dessen Brennen 37 Rundöfen betrieben werden. Die gleichen Artikel machen auch die Zweigfabrik in Weida mit sechs Rundöfen und 200 Beschäftigten, und seit 1924 in Freiberg, wo 600 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind. Dort wurde vornehmlich Elektroporzellan hergestellt und dazu große Betriebsanlagen erbaut; jetzt besteht nur noch eine kleine Abteilung dieser Branche; die Freiburger Fabrik hat auch einen Tunnelofen in Betrieb. Die Hauptfabrik für elektrotechnische Sachen in Hermstedt, mit wohl 600 Beschäftigten, ist geblieben und bekam auch eine neuzeitliche Prüfstation mit allen modernen Maschinen; 21 Öfen mit 1000 cbm Ofenraum umfaßt der Hermstädter Betrieb. Die Porzellanfabrik E. & M. Müller, A.-G., in Schönwald, hat 12 große Rundöfen in Betrieb und beschäftigt über 600 Arbeiter und Arbeiterinnen, und die Porzellanfabrik Schwanau, A.-G., in Schönwald arbeitet mit 650 Mann Belegschaft und 18 Rundöfen. Die Abteilung Arzberg dieser Firma in Arzberg fertigt, wie die beiden vorgenannten Werke, Porzellangebrauchsgeschirr, als Spezialität auch durchbrochene Sachen und hat 12 Öfen. Die Belegschaft beträgt 600 Personen.

Der räumlich größte Betrieb der Kahlagruppe ist die A.-G. Porzellanfabrik Weiden, Gebr. Wauscher in Weiden, in der 1600 Leute tätig sind. Die 12 großen Öfen haben 800 Kubikmeter Inhalt.

Die Schomburggruppe bilden: Die Porzellanfabrik Schomburg & Söhne, A.-G. in Margarethenhütte und in Hoflau, die beide elektrotechnische Artikel anfertigen. Ab 1924 wurde jedoch der Betrieb in Hoflau, wie auch der der Kahla-A.-G. in Freiberg infolge der Krise in der elektrotechnischen Porzellanindustrie auf Geschir umgestellt. Die Porzellanabteilung der Warenfabrik Schwanau mit ihren Konvertern in Schwanau, Wiesau und Pirkensee, sowie den Steingutfabriken in Umberg und in Schwarzenfeld fertigt in Schwanau elektrotechnische Sachen. Die Arbeiterzahl der Schomburggruppe beträgt 3200, ihr stehen 28 Rundöfen, 2 Tunnelöfen und 5 Gasbrennöfen von über 10 000 Kubikmetern Rauminhalt zur Verfügung.

Weitere Fabriken im Struppkonzern sind: Die Porzellanfabrik Lorenz Gutschenreuther und Paul Müller in Selb, ein Werk, das aus drei Betrieben besteht und mit einer Leistungsfähigkeit von 39 Öfen sowie einem Personal von über 2000 Köpfen als größte Fabrik für Qualitätsgeschirr und zur Spitzporzellan und als eine der bedeutendsten Porzellanfabriken Deutschlands gilt. — Die Porzellanfabrik Königszell in Königszell hat einen Tunnelofen in Betrieb und weist eine Belegschaft von 1100 Personen auf. Sie ist auf die Geschirrprouktion eingestellt. — Die Porzellanfabrik Rauenstein, vorm. Fr. Chr. Greiner & Söhne, A.-G., in Rauenstein hat einen Bestand von neun kleineren Öfen und gibt 450 Deuten Beschäftigung. Aus den beiden Betrieben gehen neben Tassen, Teller, Heiligenfiguren auch Kippesachen und Porzellanartikel hervor. — Ein Werk mit Geschir- und Elektroprouktion ist die Porzellanfabrik J. Schachtel, A.-G. in Sophienau; sie betreibt sieben Öfen mit 516 Kubikmetern Brennraum und hat eine Belegschaft von 450 Köpfen. Die beibehaltene Geschirrerzeugung, wenn auch in ganz geringem Umfang, hat es der Firma ermöglicht, über die Preise der elektrotechnischen Porzellanindustrie in den letzten beiden Jahren leichter hinwegzukommen. Auch dieses Werk besitzt ein elektrisches Prüffeld von 200 000 Volt Spannung.

Nun ist noch die Kloster Weilsdorfgruppe zu erwähnen, die, mit Ausnahme eines Betriebes, auf die Erzeugung von elektrotechnischen und technischen Artikeln eingestellt ist. Das Unternehmen hat seinen Hauptbetrieb in Kloster Weilsdorf und Zweigbetriebe in Brattendorf und Eißfeld, sowie einen für Geschirrprouktion in Schönbach. Die Firma besitzt 30 Rundöfen und eine Arbeiterzahl von 1500 Personen.

Aus den neuesten Angaben geht hervor, daß in den Betrieben des Struppkonzerns rund 15 000 Arbeiter und Ange-

stellte tätig sind. Auf die Porzellanindustrie treffen davon rund 14 000 Personen oder fast ein Viertel der gesamten Porzellanarbeiter.

Damit ist jedoch die Machtstellung des Struppkonzerns in der feinkeramischen Industrie noch nicht vollständig gekennzeichnet. Diese Vereinigung hat sich auch einen Teil des Rohstoffbezuges durch den Erwerb eigener Kaolinwerke gesichert, und zwar einmal in dem Kemmlinger Kaolinwerk (Gruben mit Schlemmerei) vorm. L. Max Wolf, G. m. b. H., in Kemmlitz, Sachsen, das Kahla und seine Zweigbetriebe und einige andere Werke des Struppkonzerns mit Feintkaolin versorgen kann und dem Kaolinwerk (Gruben mit Schlemmerei) der Porzellanfabrik Lorenz Gutschenreuther in Fischern bei Karlsbad.

In der Forschungsgesellschaft vereinigter Porzellanfabriken m. b. H. in Meiningen haben sich die dem Struppkonzern angehörigen Fabriken unter der Leitung der Bank von Thüringen zusammengeschlossen. Dieses Gebilde hat die Aufgabe, die keramischen, feuerungs- und maschinentechnischen Fragen, ferner die zweckmäßige Bauweise der Fabriken und geologische Ziele für Rohstoffgewinnung in eigenen Abteilungen und einem Zentrallaboratorium zu bearbeiten.

Ferner gehört noch eine Firma namens „Keramag“, Keramische Werke, A.-G. in Bonn, mit ihren Werken in Flörsheim, Wesel und Ratingen zum Struppkonzern. Die Betriebe in Flörsheim und Wesel sind zwei Hartstein- und Glasmafabriken und der in Ratingen ein Feuerzementwerk, alle drei Betriebe stellen Spülwaren und Wasch- sowie Wabeneinrichtungen

her; sie haben in 55 Öfen 7500 Kubikmeter Brennraum zur Verfügung; außerdem gehört noch die Porzellanfabrik in Meiningen dazu. Die Belegschaft betrug vor dem Krieg insgesamt 1100, hat sich aber in den Nachkriegsjahren vermindert.

An diesem Unternehmen sind auch noch andere Gebilde beteiligt, darunter das Bankhaus Arnhold, Dresden.

Damit ist nicht etwa der Einfluß der Bank für Thüringen auf die feinkeramische Industrie erschöpfend wiedergegeben. Sie ist ferner an der „Deutschen Holzverwertungs-Aktiengesellschaft“ in Frankfurt a. M. und an „Keramag-Berlag“ in Bamberg beteiligt. Dann ist bekannt, daß dieses Finanzunternehmen Geschäftsverbindungen zu der großen, unter der Ueberschrift „Die Steingutindustrie“ in der „Zeitschrift“ behandelten Firma Villeroy & Boch, sowie der thüringischen und nordbayerischen Privatporzellanindustrie unterhält. Die nächsten Jahre werden zeigen, daß der Struppkonzern weitere Werke der feinkeramischen Industrie unter seine Fittiche nimmt.

Jedenfalls geht aus der Darstellung hervor, daß der Struppkonzern die stärkste Machtgruppe der feinkeramischen Industrie darstellt, die nicht nur stark an finanziellem Rückhalt, sondern darin gefestigt ist, daß sie den wesentlichsten Teil der größten und modernsten Werke mit neuzeitlichen Einrichtungen in sich vereint. Nur das eine fällt auf: Die Konzerngruppe tritt nicht mit einer zusammengefaßten Vorgesellschaft ihrer Geschir- und Luxusbetriebe in der Öffentlichkeit in Erscheinung, wie man sie bei anderen Gebilden der feinkeramischen Industrie kennen lernen konnte. Edwin Menninger.

Die Lohnfrage in der feinkeramischen Industrie.

Bekanntlich gab es bei den letzten Verhandlungen in Weimar keinerlei Lohnzusammenkünfte. Damit ist die Lohnfrage in feiner Weise erledigt und die Unternehmer müssen sich im Klaren sein, daß die feinkeramische Arbeiterschaft unbedingt eine Lohnzulage braucht, und zwar vor allem die, die in der zehnprozentigen Preiserhöhung der Porzellangeschir- und Luxusfabriken ab 1. Dezember 1924 enthalten ist und mindestens 20 Proz. betragen muß. Auch die Steingutfabriken sind nicht zurückgeblieben und können ohne große Schmerzen eine Lohnerhöhung tragen.

Die Arbeiterschaft kann unter den gegenwärtigen Lohnverhältnissen nicht mehr länger schmachten. Ein Teil versucht ja sein Glend dadurch zu mildern, daß er den letzten Rest Kraft bei der Arbeit hergibt und ohne genügenden Essen übermäßig schuftet. Die Klagen über zu lange freiwillige Arbeit in den Betrieben, über Durcharbeiten in den Pausen, durch unüberlegte Arbeiter und Arbeiterinnen (sie sagen: „Wir kann keiner wat kommen“) nehmen überhand und die Unternehmer lassen schmunzelnd und stillschweigend gewähren. Wenn auch in straff organisierten Betrieben diese Uebertreibungen zu den Seltenheiten gehören, so darf doch nicht verkannt werden, wie gefährlich das unüberlegte Handeln der unbedachten Arbeiter und Arbeiterinnen für die feinkeramische Arbeiterschaft insgesamt werden kann und dies gerade in der Lohnfrage. Denn die Unternehmer betrachten die durch langes und unüberlegtes, gesundheitsgefährliches Schufteln erzielten Verdienste als normal, schon auch deshalb, weil diese sich trotz Ueberanstrengung in der mittleren Dreißigmarkengrenze bewegen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Trete mit Strenge diesen verwerflichen Auswüchsen entgegen und mach die Unüberlegten auf das Schädliche ihrer Handlungsweise aufmerksam.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin hat die Pflicht, die Meister, Betriebsleiter, Direktoren und Fabrikanten auf die persönliche Notlage und den geringen Verdienst hinzuweisen. Das läßt sich in anständiger Form jederzeit vorbringen und die Belege für die ungünstige Lage können wohl alle 75 000 feinkeramischen Arbeiter und Arbeiterinnen bringen.

Die Unternehmer und ihre Vertreter wissen nämlich nicht, wie es den Arbeitern geht, und wenn ja mal ein weißer Haub unter ihnen ist, so darf er es sich nicht merken lassen; es muß ihnen deshalb täglich gesagt, vorgehalten und nachgewiesen werden, wie schlimm es mit der Bezahlung in Wirklichkeit aussieht.

Also erzählt mutig von eurer traurigen mitleidigen Lage, tut nicht verschämt, Kollegen und Kolleginnen. Laßt eure Stimme deutlich vernahmen, denn bei solchen Gelegenheiten hören Leutlichkeit die Unternehmer sehr schwer.

Ein Teil der Kollegen, die Dreher von Oberfranken und der Oberpfalz und die Betriebsräte der Raststätte Ilmenau, haben schon zum Ausdruck gebracht, wie ihnen ums Herz ist. Sie haben zu erkennen gegeben, daß es tatsächlich nicht mehr zum Leben reicht, was sie als Verdienst erzielen, als Lohn für geleistete Arbeit bekommen und ihrer Familie nach Hause bringen. Ferner haben sie wissen lassen, daß sie keineswegs geneigt sind, ihr Los weiterhin stillschweigend hinzunehmen. Sie haben die Unternehmer auf die Folgen ihres Verhaltens hingewiesen. Deshalb ist die Forderung der feinkeramischen Industrie vor der Entscheidung, den schon durch die Verkaufspreiserhöhung herausgekommenen, aber bisher unzureichenden Verdienstausschlag zu bezahlen oder die Lohnkämpfe auf sich zu nehmen. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit werden ihr schon gezeigt haben, daß sie um Notwendigkeiten nicht herumkommen.

Die Forderungen der Dreher von Oberfranken-Oberpfalz.

Die am Sonntag, den 8. Februar 1925 in Marktredwitz tagende Dreherkonferenz von Oberfranken und Oberpfalz hat zu den letzten Tarifen Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt: „Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Notlage der Arbeiterschaft und die Erhaltung der Arbeitskraft der Facharbeiter zwingen diese dazu, an die Unternehmer folgende Forderungen zu stellen:

1. Unbedingte Tarifreue der Unternehmer. 2. wird verlangt, daß die Unternehmer ihrer Facharbeiterschaft zwecks Geförderung unserer Industrie das weitgehendste Entgegenkommen beweisen. 3. Da die letzten Lohnverhandlungen in keiner Weise eine Befriedigung der Notlage der Facharbeiterschaft gebracht haben, wird gefordert, den zurzeit abgeschlossenen, bis zum 28. Februar 1925 laufenden Tarif dahin abzuändern, daß ab 1. März 1925 auf die jetzigen Effektivlöhne ein Aufschlag von 25 Proz. erfolgen muß, damit den jetzigen teuren Lebensverhältnissen Rechnung getragen wird. 4. Wir fordern weiter, daß unseren Vertretern bei den nächsten Verhandlungen nicht mit solchen falschen Argumenten entgegengetreten wird, und sichern unseren Vertretern heute schon zu, daß wir nicht mehr länger gewillt sind, uns von den Unternehmern an der Nase herumführen zu lassen; auch sichern wir unseren Vertretern zu, daß wir uns mit aller Macht hinter diese unsere Forderungen stellen, da wir das Hungerleben satt haben.“

Die Ilmenauer Betriebsräte verlangen.

In der am 7. Februar 1925 stattgefundenen Betriebsräte-vollversammlung der Raststätte Ilmenau und Umgebung waren sämtliche Betriebe vertreten. Der Gauleiter, Kollege Hoffmann, erstattete Bericht über die in Weimar stattgefundenen Tarifverhandlungen. Er gab den Tarifentwurf der Unternehmer bekannt und belohnte, daß das so ziemlich das höchste sei, was der Arbeiterschaft jemals geboten worden sei. Nach dem Referat des Kollegen Hoffmann folgte eine rege Diskussion ein, in der fast alle Kollegen das Wort ergriffen. Hauptächlich wurde das Lohnabkommen, die Ueberzeitarbeitsvergütung und die Urlaubsforderung scharf kritisiert. Sämtliche Redner stehen auf dem Standpunkt, daß die heutigen Löhne absolut unzureichend sind, und daß versucht werden muß, die Löhne wieder auf den Reallohn der Vorkriegszeit zu bringen. In der Ueberarbeitungszeitvergütung erkennen die Kollegen einen Fortschritt an, stehen aber auf dem Standpunkt, daß in Zukunft eine jede Mehrarbeit mit 25 Proz. zu vergütet ist, mit Ausnahme der Sonntagsarbeit, die bestimmt mit 50 Proz. vergütet werden muß. In der Frage der Ueberarbeitungsvergütung sehen die Dreher eine Verschlechterung ihrer Löhne und werden alles daransetzen, diese abzuwehren. Recht scharf wurde die Handlungsweise der Unternehmer betreffs Urlaubsbau bei den alten Kollegen kritisiert. Die Unternehmer, die in Arbeiterfreundlichkeit den alten Kollegen gegenüber sich nicht genug tun können, haben bei dieser Gelegenheit ihr wahres Gesicht gezeigt. Es ist dies eine Handlungsweise, die tiefer gehängt werden muß, zumal dieser Urlaubsbau, auf den Gesamtlohn umgerechnet, nur einen Bruchteil eines Prozentes ausmacht. Die Kollegen erklären, dem Verband treu zu bleiben, denn nur durch den festen Zusammenhalt können wir diese Scharte wieder ausweichen und neue Fortschritte erzielen.

Interessenten und Opfer.

(Zum Ruhrrentschädigungsanfall.)

Die deutsche Reichsregierung hat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie rund 700 Goldmillionen als Entschädigung überwiesen. Diese Liebesgabe macht ungefähr den zehnten Teil des Gesamteinkommens des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Laufe eines Jahres, mehr als die Ausgaben Frankreichs und Belgiens für den Ruhereinfall und fast den Betrag der Danesauslandsanleihe aus. Sie wird aus den Steuererträgen des Volkes bezahlt werden müssen und die Fronte des Schicksals will es, daß die wirklichen Opfer des Ruhrkampfes, die Arbeiter, Beamten und Angestellten in Rheinland und Westfalen, die den Ruhrkrieg noch lange nicht überwunden haben und schwer unter der Industriefalle leiden, auf diese Belastung zu kommen. An sie, die wirklichen Helfer an der Ruhr, von denen der Ausgang des Ruhrkampfes abhing, hat die Regierung nicht gedacht, als sie den Großen die Liebesgabe gab. Diese Regierung stellt sich damit auf eine Stufe mit jener Schwerindustrie, die bei den Massen, als der Ruhrkampf abgeblasen wurde, den Eindruck hinterließ, daß sie nicht handelte, wie es einem redlichen Mitkämpfer um die Freiheit des Bodens und die Freiheit der Arbeit autam.

Die Kollision zwischen der Industrie und der Regierung wurde in aller Heimlichkeit getroffen: als die Millionen schon ausbezahlt wurden, erfuhr das deutsche Volk, das sie bezahlen mußte, in einer heimlichen Zeitungsnote, die von den getrockneten Abmachungen. Erst auf energische Vorstellungen der Arbeitervertreter wurde die unangehörliche Tatsache bekannt. Wie die Abmachungen im einzelnen aussehen, ist heute noch dunkel. Schwerindustrie und Geheimbürokratie haben eben die Köpfe zusammengelegt und den Steuerzahlern diktiert. Die Angelegenheit erscheint selbstverständlich in keinem günstigen Licht, wenn man hört, daß ein bekannter Regierungsbeamter, der an dem Abkommen an erster Stelle mitgearbeitet hat, demnachst eine leitende Stelle im Reichsverband der deutschen Industrie übernehmen soll.

Wie groß muß der Einfluß der Schwerindustrie auf diese Regierung sein, wenn sie solche Dinge im Sande drehen darf? Damit wird aber ein sehr dunkler Punkt in unserem Staats- und Wirtschaftsleben überhaupt berührt. Man hat jahrelang in Deutschland von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung fabuliert. Man meinte damit die Aktionen der Gewerkschaften um Verrückung wirtschaftlicher Mißstände oder Durchführung durch Gesetz festgelegter Rechte der Arbeiterschaft. Die Leute aber, die mit dem Märchen von der Nebenregierung der Gewerkschaften ihre politischen Geschäfte machten, vergaßen, daß Deutschland heute eine Schwerindustrie hat, daß diese von einer Handvoll Leute beherrscht wird, und daß diese Herrscher heute in Deutschland wirklich regieren. Sie sind die Hauptregierung — nicht zum Vorteil Deutschlands, nicht zum Vorteil der deutschen Wirtschaft. Diese Industrieherrscher, die es während der Inflation leicht hatten, mit wirtschaftlichen Erfolgen zu prunken, die auf alles, Staats- und Gemeinbetrieb, was nicht mit Stimmensmethoden arbeitete, mittelbar herunterblickten, haben sich während der Wirtschaftskrise abgesetzt nicht als die großen Wirtschaftskrisenbewiesen. Wie oft wurde nicht das eigene Profitinteresse über die Bedürfnisse der Wirtschaft gestellt, so daß mancher in Deutschland, der früher mal dem Märchen von der gewerkschaftlichen Nebenregierung Glauben schenkte, sich jetzt, nachdem er klar sah, ehrlich gestand, daß mehr gewerkschaftliche Nebenregierung nur am Plage sein dürfte. Das liegt in der Natur der Sache: Während der Privatkapitalist nur auf den Profit sieht, müssen die Gewerkschaften das Wohl der Gesamtwirtschaft im Auge behalten, von der ja die ganze Arbeiterschaft, die sich in den Gewerkschaften organisiert, abhängt. Die Politik der Gewerkschaften darf nur eine Wirtschaft kennen, für die sich das ganze Volk als dienendes Glied einstellt, damit von ihrer Prosperität alle Vorteil haben. Die Politik des Privatkapitalismus kennt nur Interessenten und Opfer. Diese beherrschen den Staat und ziehen aus ihm den Nutzen, jene sind die Objekte der Ausbeutung. Viele streichen die 700 Millionen Liebesgaben ein, jene bezahlen sie —

Daß das anders wird in der Republik, ist die historische Aufgabe der Arbeiterschaft. Damit wird dem sozialistischen Wirtschaftsideal der Weg geebnet. Hingabe des einzelnen für die Allgemeinheit, auch in der Wirtschaft. Wir werden ja in den nächsten Tagen erfahren, wie der 700 Millionen-Liebesgaben-Vertrag zustande kam. Vielleicht werden wir hören, daß die Regierung sich schon 1923 dazu verpflichtet hatte, daß sie es nun mußte, um die Schwerindustrie zu einer Politik zu bewegen, die dem Reiche Westfalen und das Rheinland erhielt. Sollte das der Fall sein, so wäre die Ruhrrentschädigungsaffäre ein typisches Beispiel für den Patriotismus der Schwerindustrie.

Berufsberatung.

Alljährlich verlassen Jungen und Mädchen zu Hunderttausenden die Schule. Ihre Eltern stehen dann vor der bange Frage: Was soll unser Junge oder Mädchen werden? In unserem verwinkelten Berufs- und Wirtschaftsleben ist es den Eltern ohne fremde Hilfe in den meisten Fällen einfach unmöglich, für ihre Kinder den rechten Beruf, den rechten Arbeitsplatz zu finden. Die meisten Arbeiter spielen sich heute hinter hohen Mauern ab; so kommt es, daß die Mehrzahl der zur Schulentlassung kommenden Kinder — und das trifft besonders für die Jungen zu — den von ihnen erwähnten Beruf nur vom Hörensagen kennen. Kommen die Jungen dann in die Lehre, so sind sie vielfach enttäuscht; sie versuchen dann, ihren Vehrplatz zu wechseln. Wie schwer ein solcher Wechsel fällt, wie oft ein verfehlter Beruf der Beginn einer verfehlten Lebensführung ist, wird mir jeder bestätigen, der einmal ernsthaft über diese Dinge oder auch seinen eigenen Lebensweg nachgedacht hat. Hier soll die Berufsberatung helfen. Schon in der Schule wird im sogenannten berufswissenschaftlichen Unterricht versucht, den Jungen und Mädchen einen Überblick über die Arbeit und deren Vielseitigkeit zu geben. Berufsbilder bilden eine wertvolle Ergänzung dieses Unterrichts. Sodann führt die Berufsberatungsstelle im letzten Schuljahr die zur Entlassung kommenden Knaben und Mädchen durch heimische Betriebe und Werkstätten. Dadurch erhalten die Kinder einen Einblick in die Arbeit; sie sind dadurch ganz anders als früher für die Berufswahl vorbereitet.

Mit der Aufklärung der Kinder ist es nun aber allein nicht getan. Auch den Eltern muß der nötige Überblick über Berufs- und Arbeitsfragen gegeben werden. Zu diesem Zwecke veranstaltet das Berufsamt Harburg alljährlich im Herbst Elternabende, wo Fachleute über die Anforderungen und Aufgaben in den verschiedenen Berufen und Arbeitsarten sprechen. Richtbilder unterstützen diese Vortragsabende, ebenso Berufsberufsbilder in den 3. Klassen. Nachdem die Berufswahl in dieser Art vorbereitet ist, kommen dann die Eltern mit ihren Kindern zur Berufsberatungsstelle. Gemeinsam werden mit dem Berufsberater noch einmal die Gründe des Jungen für seinen Berufswunsch besprochen, auch wird der Junge ärztlich untersucht. Wenn dann in einer besonderen Eignungsprüfung, die in den meisten größeren Berufsämtern vorgenommen wird, die Eignung für den erwähnten Beruf festgestellt ist, erhält der Junge durch das Amt eine passende Bescheinigung.

Soll wollen die Jungen einen Beruf erlernen oder an einen Arbeitsplatz gehen, für den sie sich nicht eignen. So ist es häufig, wenn ein talentvoller Junge freier, ein farblicher Schüler, ein Junge aus der dritten Klasse der Volksschule, ein geistig begabter Junge ungenügend bewertet werden möchte. Jeder Volksschüler gehört eben in einen Beruf, in den er seinen Geistesgaben und seiner körperlichen Verfassung nach gehört, in dem er sich entwickeln kann. Das Berufsamt selbst aber kann nur dann zum Wohle der Jungen zum Nutzen aller arbeiten, wenn jeder einzelne dazu beiträgt. Auch jeder Leser dieser Zeilen kann diese Arbeit fördern, wenn er einmal nach reiflicher Überlegung seine Eltern — Väter, Mütter und Berufs- und Arbeitsfrage kundtut. Das haben auf unsere Bitte hin in Harburg auch schon viele Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte und Handwerker getan. Solche Auskünfte sind dem Berufsberater von großem Nutzen. Wenn er kann, Väter und Mütter über die vielen Berufe und Arbeitsarten nur dann eine erschöpfende und sichere Auskunft geben, wenn er genau unterrichtet ist. Deshalb richte ich an alle Mitglieder des Vorarlberger-Verbandes die Bitte, soweit sie dazu in der Lage sind und bei dem ersten Werke mitteilen wollen, möglichst dringlich schriftlich die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welchen Beruf erlernen Sie?
2. Wie viele Jahre haben Sie ihn ausgeübt?
3. Erlernen Sie den Beruf, den Sie während Ihrer Kindheit zu erlernen wünschten?
4. Wenn Sie die Frage mit „Nein“ beantworten müssen, was geben Sie bitte an, welchen Beruf Sie eigentlich erlernen wollten?

5. Welches sind die Lichtseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was macht Ihnen Ihren Beruf, Ihre Arbeit lieb und wert?

6. Welches sind die Schattenseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was ist in Ihrem Beruf, in Ihrer Arbeit weniger angenehm?

Jeder, der diese Fragen einwandfrei, wahrheitsgemäß und erschöpfend beantwortet, hilft der so wichtigen Berufsberatung ein Stück weiter. Alle Auskünfte bitte ich zu richten an das Berufsamt zu Harburg a. d. E., Brüderstr. 17. Dieses Berufsamt wird dafür sorgen, daß das eingehende Material auch den übrigen deutschen Berufsberatungsstellen übermittelt wird. Ich bitte nochmals um rege Beteiligung an der Beantwortung der von mir gestellten Fragen.

Hermann Vues, Harburg.

Der Bundesausschuss des ADGB zur Arbeitszeitfrage.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 27. Januar 1925 im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 15. Tagung zusammen. Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorstandes über die Tätigkeit des Bundes seit der letzten Bundesausschussung im Juli 1924 referierte der zweite Vorsitzende des Bundes, Grafmann, über die Schaffung von Industrieverbänden. Der Leipziger Gewerkschaftsrat hat den Bundesvorstand bekanntlich beauftragt, einen Plan für die Schaffung von Industrieverbänden vorzulegen.

Arbeiter, schützt die Republik!

Der Ausschuss des ADGB hat am 29. Januar zu der politischen Lage in folgender Entschließung Stellung genommen: Der Sieg des Bürgerblocks im Reich, wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfang die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik.

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinschaftsidee wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterschaft gewahrt bleiben. Jedem Versuch, auf politischen Schleichwegen oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der gesamten deutschen Arbeiterschaft entgegengetreten, den jungen Freistaat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Rapp-Rutisches bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Ruhrkampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die vertragsbrüchigen Staaten im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie sind überzeugte Vorkämpfer des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederkehr des alten Systems auch die verbürgten Rechte beseitigen würde, die es ihnen ermöglichen, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiederbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuss verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschnationalen oder Kommunisten, in geschlossener Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eingedenk sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährden. Der Bundesausschuss ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerblock zu beweisen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stürzen, an dem einheitlichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden.

Eine zu diesem Zweck eingesezte Kommission hat in den letzten Monaten ein Programm ausgearbeitet, das in den nächsten Wochen zwischen den beteiligten Verbänden beraten werden soll. Diese Sonderkonferenzen bleiben vorerst überlassen, nach einer Lösung der Schwierigkeiten zu suchen, die für die verschiedenen Industrien bestehen.

Am zweiten Tage beschäftigte sich der Bundesausschuss mit dem jetzigen Stand der Arbeitszeitfrage. Nach einem Referat des dritten Bundesvorsitzenden Müller, dem eine lebhafte Debatte folgte, nahm der Bundesausschuss einstimmig folgende Resolution zur Arbeitszeitfrage an:

Der Bundesausschuss des ADGB spricht sein Bestreben aus, die Reichsregierung trotz ihres Beschlusses vom 1. April 1924 das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nicht ratifiziert hat. Diese Unterlassung, wie auch die zögerliche und langsame Durchführung des § 7 der geltenden Arbeitszeitverordnung lassen erkennen, daß der Reichsregierung der ernste Wille fehlt, den gesetzlichen Achtstundentag durchzusetzen. Der Bundesausschuss erhebt Protest gegen diese Verhinderung, die sowohl für die deutschen Arbeiter wie für das Ansehen Deutschlands in der Kulturwelt unerträglich ist.

Der Bundesausschuss verpflichtet erntet die Gewerkschaften, auch entgegen allen Widerständen an der achtstündigen Arbeitszeit festzuhalten und alle gewerkschaftlichen Mittel für deren baldige Wiederherstellung auf der ganzen Linie einzusetzen.

Gleichzeitig wird der Bundesvorstand beauftragt, die Vorbereitungen für die Herbeiführung eines Volksentscheides zu beschleunigen, damit auf diesem Wege, wenn andere nicht zum Ziele führen, die Reichsregierung zur Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentags gezwungen wird. Von den Bezirks- und Ortsausschüssen des Bundes wird erwartet, daß sie entsprechend den Anweisungen des Bundesvorstandes ihre ganzen Kräfte für das Gelingen dieser Aktion einsetzen.

Der Bundesausschuss ermächtigt den Bundesvorstand, die bestehende Abteilung für Sozialpolitik auszubauen und auch dem Vorstand nicht angehörende Personen als Sachverständige heranzuziehen. In bezug auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sollen einheitliche Richtlinien gelten. Zur Förderung der Fort-

bildung wurde ein Pflichtbeitrag von 5 Pf. pro Mitglied beschlossen. Der Bundesvorstand regte weiter an, im letzten Quartal dieses Jahres eine gewerkschaftliche Studienkommission in den Vereinigten Staaten zu entsenden. Dem Vorschlag wurde allgemein zugestimmt. Seine Ausführung wird den Vorständen der Zentralverbände zur Beschlussfassung überwiesen.

Anschließend trat der Bundesausschuss in die Beratung der wirtschafts- und handelspolitischen Fragen ein. Eggeri v. Bundesvorstand referierte. Der Bundesausschuss erlachte einstimmig die Bestrebungen des Bundesvorstandes an, bei den Handelsvertragsverhandlungen durch gewerkschaftliche Sachverständige vertreten zu sein. Der Bundesausschuss beauftragte den Bundesvorstand, in der bisherigen Weise weiterzuwirken.

Der Geldzug gegen die öffentlichen Betriebe und Banken.

Schon seit längerer Zeit haben die Unternehmer in ihren Pressorganen und Verbandsblättern den Kampf gegen die staatlichen, kommunalen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wieder aufgenommen. Vorwände und Anlässe dazu gab es genug. Daß bekanntlich die Deutschen Werte, die bekanntlich zum großen Teil dem Reich gehören, billig arbeiten und der Privatindustrie Konkurrenz bereiten, ist ein gut Grund zum Angriff. Ebenso, daß die kommunalen Banken Gelder aus der Wirtschaft an sich zogen und diese kurzfristigen ausgaben haben, obwohl sie wissen mußten, daß diese Banken in der Übergangszeit nach der Stabilisierung hierzu gezwungen waren, um ihre Stabilität zu wahren. Viel günstigere Verhältnisse boten die Verfehlungen und die schlechte Betriebsführung einzelner staatlicher und kommunaler Anstalten. Unerwartete und der Leitung großer Anstalten nicht gewachsene Betriebsleiter einiger kommunaler Banken haben in der letzten großen Verluste bereitet. Vollends vor der Fall der Preussischen Staatsbank mit ihren Ausleihungen an zweifelhafte Konzernbesitzer einen höchst willkommenen Anlaß zur Verstärkung dieser Angriffe. Weit und breit wird uns vorgeworfen, wie schwer die Wirtschaft durch die „sozialisierten“ Betriebe geschädigt werde und wie die Steuerzahler für die Verluste aufkommen müssen.

Kein Zweifel, daß bei manchen öffentlichen Anstalten Fehler vorgekommen sind, die teils durch Unerfahrenheit, teils leider auch durch Schuld der leitenden Beamten entstanden. Darauf erwacht die Notwendigkeit, nur die tüchtigsten Kräfte an die Spitze dieser großen Anstalten zu stellen und eine wirksame Kontrolle zur Verhinderung von Mißbräuchen einzuführen. Auch muß der Wirkungsbereich dieser Anstalten ihren Zwecken entsprechend abgegrenzt werden.

Es ist aber geradezu lächerlich, die Ueberlegenheit der privatwirtschaftlichen Betriebe in bezug auf die Vermeidung der geschädigten Mißstände zu behaupten. Kommen doch bei den Privatbanken immer wieder viel schlimmere Mißbräuche als zum Beispiel bei der Preussischen Staatsbank vor. Devisen- und Warenausgaben der Privatbanken haben sowohl in Deutschland wie in anderen Ländern zum Zusammenbruch von großen Privatbanken und zu enormen Schädigungen der Volkswirtschaft geführt. Ist der Zusammenbruch der Preussischen Bank durch verfehlte Devisenoperationen bereits vergangen? Durch die mangelhaften Devisenoperationen haben die deutschen und österreichischen Großbanken enorme Verluste erlitten und die Volkswirtschaft, der sie ungeheure Kapitalien entzogen haben, stark geschädigt. Der Zusammenbruch der Depotsbank in Oesterreich, der Banca di Sconto in Rom, der Landmannsbanken in Dänemark hatten das ganze Wirtschaftsleben in den betreffenden Ländern in Mitleidenchaft gezogen. Kommen Mißbräuche bei einer staatlichen oder kommunalen Anstalt vor, so wird der schuldige Beamte entfernt, im übrigen kann aber der Betrieb dank seiner festen Unterlage weiterbestehen, die Kredite müssen nicht gekündigt, die Schuldner können voll bezahlt, die Angelegenheiten weiter beschafft werden. Ganz anders beim Zusammenbruch einer privaten Anstalt, der alle diese Folgen heraufbeschwört. Was aber den Steuerzahler angeht, der für die Fehler der öffentlichen Betriebe aufkommen muß, so muß man selbst in diesem wichtigen Punkt den staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Anstalten den Vorrang vor den privaten geben. Erstens: werden die Verluste von einem umfangreichen Kreis der Steuerzahler getragen. Auf diese Weise wird die Wirtschaft weniger geschädigt, als wenn durch die Verluste ein beschränkter Kreis von Betrieben, Arbeitnehmern und Gläubigern in Mitleidenchaft gezogen wird. Zweitens: bei allen großen Bankzusammenbrüchen pflegt der Staat den notleidenden Unternehmungen zu Hilfe zu kommen. Die zusammengebrochenen Privatbanken werden in der Regel, wie wir das in den letzten Jahren in den verschiedenen Ländern so oft erfahren haben, aus Staatsmitteln, das heißt, auf Kosten der Steuerzahler, wieder auf die Beine gestellt.

Gewerkschaftskampf und Kultur.

Um die Jahreswende tagte in Indien der Nationale Kongress, in dem seit 39 Jahren die indische Freiheitsbewegung, freilich ohne offiziellen Charakter, zum Ausdruck kommt. Auf diesem Kongress wurde jetzt das „Spinn-Wahlrecht“ angenommen, das die Berechtigung, Mitglied des Kongresses zu werden, davon abhängig macht, daß der Kandidat monatlich mindestens 2000 Yards Garn spinnen oder weben läßt.

Eine eigenartige Bestimmung für die meisten von uns, so weit ab von dem Orient, aber doch bezeichnend für die ganze Vorgeschichte der indischen Freiheitsbewegung heraus. Und diese Vorgeschichte gibt uns einen interessanten Einblick in die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Kultur, die ja das Wesen der proletarischen Erkenntnis sind.

Der Führer der Bewegung ist seit einigen Jahren Gandhi, ein tief veranlagter Mensch, dem sein Kampf die Erfüllung einer hohen sittlichen Aufgaben bedeutet. Er ist nicht nationalistisch im üblichen Sinne unserer deutschen Gewerkschaften. Er liebt sein Volk und sein Vaterland, nicht zum mindesten die „Unterschieden“, wie die Proletarier drüben — recht bezeichnend für Indien — heißen, aber er liebt genau so die Menschheit, und er weiß seinem Volke eine freie Stellung in einer freien menschlichen Gemeinschaft. Und weil er tief empfindet, darum erkennt er auch, daß eine nationale wie internationale Kultur eine Befreiung des Kapitalismus zur Voraussetzung hat.

Aber er geht in seiner Bekämpfung des Kapitalismus weit über die Wege. Er sucht den Kapitalismus zu bekämpfen, indem er die Maschine abschafft. Gewiß will er damit zunächst die englische Industrie und damit den Unterdrücker Englands treffen, doch auch den Kapitalismus an sich, derselbe Aufbruch zur Natur, wie er immer wieder, besonders bei Rousseau, in die Erscheinung getreten ist.

Diese Bekämpfung des Kapitalismus ist genau wie sein politischer Kampf, aber nur Weg. Das Ziel ist sittlich. Er will Freiheit. Er will Liebe. Seine Aufgabe ist durch und durch religiös. Deshalb gilt er auch in Europa in steigendem Maße als neuer Prophet: Dulden um der Liebe willen, passive Resistenz gegen die Gewalt, getragen vom aktiv treibenden Geiste der Liebe. Und diese Religion wird bei Millionen von Indern zur Wirklichkeit. Millionen stehen um das Banner dieses Glaubens, Mohammedaner und Hindus wie Buddhisten, alle Religionen vereint in diesem Einmutes, Verfassenden, Neuen. Selbst der Mohammedaner reicht dem andersgläubigen Bruder die Hand. Eine Tatsache, die mit Recht die Augen der Welt auf den hohen Geist lenkt, der da zum Ausdruck kam.

Und doch ist die letzte Wurzel dieses Glaubens sozial. Soziale Not ist es, die die Menschen zusammenhält. Der religiös-sittliche Glaube wurzelt in einem wirtschaftlichen Bedürfnis.

Auch in Indien hielt der Kapitalismus mit der Maschine seinen Einzug wie bei uns. Während die durch die Maschine frei gewordenen Arbeitskräfte aber bei uns von all den neu gewordenen Industrien aufgenommen wurden, gab der indische Kapitalismus dem brotlos gewordenen indischen Handwerker keine andere Arbeitsgelegenheit. Die Maschine beherrschte das Feld, und daneben rangen 1920 noch 35 Millionen indische Handwerker um ihre Existenz. Daher der Gandhi-Aufstand: „Wolke und Spinnrad!“ Daher die Wunder der religiösen Einheit und die Begeisterung von Millionen: hinter dieser prophetischen Persönlichkeit stand der wirtschaftliche Befreiung. Wie die Reformen ohne die wirtschaftlichen Zusammenhänge halb ist, so ist auch dieser indische Idealismus, der Europa staunen läßt, unfähig ohne die ökonomische Erkenntnis der Verhältnisse. Der Kampf um die politische Freiheit und die Kultur der Liebe ist getragen von dem Kampfe um die wirtschaftliche Existenz.

Aber dieser Kampf geht falsche Wege. Die Maschine läßt sich nicht mehr bekämpfen, ist auch nicht zu bekämpfen. Bekämpft werden kann nur das System, das die Maschine trägt durch Wahrung des proletarischen Rechtes auf Existenz im organisierten Zusammenschluß. Wirtschaftlich ist Gandhi's Kampf ein Kampf gegen den Sinn der ökonomischen Entwicklung, und darum unüberwindlich. Das scheint man auch in Indien allmählich zu erkennen, und wenn das „Spinn-Rahm-Recht“ auch noch angenommen wurde: der sieben gewesene indische Nationale Kongress hat gezeigt, daß Gandhi's Einfluß im Schwinden ist zugunsten des Anwalts Das, des praktischen Politikers.

Und die Entwicklung wird weitergehen, muß weitergehen, wenn wirklich wirtschaftliche Freiheit werden soll. Der organisierte Zusammenschluß mit proletarischem Kampfscharakter wird dem im Gegensatz zum Kapitalismus stehenden indischen Proletariat die wirtschaftliche Stellung in dem wachsenden indischen Kapitalismus erringen, die es haben muß.

Weil aber diese Kampfgemeinschaft noch fehlt, darum dieses traurige soziale Verhältnis drüben, darum drüben das so niedrige Lohnniveau der Arbeiter. In Bombay z. B. beträgt der Durchschnittslohn für männliche Arbeiter 1 Rupee 4 Annas (1 Rupee ungefähr 1 Mk., 16 Annas = 1 Rupee), also 1,25 Mk. Von diesem Lohne sind drei Viertel nur für Wohnung und Ernährung nötig, ohne Kleidung, ohne Krankheitsvorsorge usw. Und weil die Löhne so jämmerlich niedrig sind und damit auch der Betrag für die Wohnung so erbärmlich niedrig sein muß, darum wohnen in Bombay z. B. 97 Proz. der Arbeiterfamilien in nur einem Zimmer, das heißt also: fast die ganze Arbeiterschaft muß sich mit einem Zimmer für die ganze Familie begnügen.

Kultur kann niemals werden — das zeigt uns die indische Bewegung nur zu deutlich — wenn der Mensch einer Ideologie anhängt und wenn er in diese Ideologie sein wirtschaftliches Recht einzufügen sucht. Das wirtschaftliche Recht kann nur errungen werden durch ganz klaren wirtschaftlichen Kampf. Aber auch das Skelett allen kulturellen Strebens muß die Erkenntnis der ökonomischen Verhältnisse sein. Jede Lebens- und Weltanschauung bleibt Theorie, solange sie nicht in Harmonie steht mit den ökonomischen Gesetzen der Wirklichkeit. Sie bekommt erst dann Seele und Wärme und gesunde stehende Kraft, wenn sie im gestaltenden Kampfe um die Wirtschaft praktisch zum Ausdruck kommt.

Dr. Gustav Hoffmann.

Lohnnachforderung bei gelöstem Arbeitsverhältnis.

Das Arbeitsverhältnis ist am 10. Mai 1924 beendet worden. Die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifs erfolgte durch den Präsidenten des Reichsarbeitsamtes unter dem 16. Juni 1924 mit Rückwirkung vom 19. April 1924. Sonach ist die Bekanntmachung erfolgt, nachdem der Kläger bereits aus den Diensten der Beklagten ausgeschieden war. Die Höhe der Nachforderung beträgt 40,40 Mk. (vom 19. April bis 10. Mai). Da der Tarif für allgemeinverbindlich erklärt worden ist, wird die Firma verurteilt, den Betrag zu zahlen, trotzdem sie nicht Tarifkontrahentin ist. In den Entscheidungsgründen ist gesagt: Die Allgemeinverbindlichkeitsverurteilung ist erst nach Auscheiden des Klägers aus dem Arbeitsverhältnis bekanntgemacht worden. Folgerichtig konnte der Kläger von den Sähen während seiner Arbeitszeit keine Kenntnis haben. Deshalb konnte er auch nicht darauf verzichten, durch Entgegennahme der tatsächlich ihm gewährten geringeren Entlohnung. 1235/Xr. 9.

Gewerbegericht Leipzig, 14. Juli 1924.

In unserem Tarifwesen haben wir jetzt einen ähnlichen Fall zu verzeichnen.

Am 9. Dezember 1924 wurde in Berlin im Reichsarbeitsministerium vom Schlichter Bauer ein Schiedsspruch gefällt, der unter B folgenden enthält: „Die am 1. 12. 1924 im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitnehmer erhalten eine einmalige Lohnzulage von 8 Mk. für männliche Arbeitnehmer, 4 Mk. für weibliche Arbeitnehmer.“

Trotzdem der Vorfall ganz klar ist, wollen ganz schlaue Arbeitgeber sich um Zahlung der einmaligen Lohnzulage herumdrücken oder sie nur anteilig zahlen.

Wie aus obigem Urteil zu ersehen ist, verstößt dies Verhalten der Unternehmer gegen die Abmachungen und ist falsch.

Ist das Gerechtigkeit?

In Nr. 1 der „Ameise“ ist ein Artikel „Zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung“ zu lesen, in dem ein Reformentwurf von Dr. Kaufmann behandelt ist. Im Entwurf wird aus sogenannten Sparsamkeitsrücksichten u. a. vorgeschlagen, nur die halbe Jahresrente der Invaliden als Altersrente zu zahlen und die Unterstützungsbauer für Kranke von 26 auf 13 Wochen zu vermindern. Eine der Staat den am schlechtesten gestellten, wären da nicht ergebendere Quellen zu erschließen? Nach unserem Dafürhalten könnte mehr erspart werden, wenn der Staat die hohen Gehälter und Pensionen seiner hohen Beamten kürzen würde. Es erhalten doch eine bedeutende Menge Personen Bezüge vom Staat, die in einem Alter sind, in dem die verbleibenden Industriearbeiter noch tüchtig arbeiten und Steuern zahlen müssen.

Wenn steigt nicht Gift und Galle auf, wenn man von der Verlängerung der Krankenunterstützungsdauer hören muß, deren Verlängerung sehr angebracht wäre. Die Aufrufe in der „Ameise“ sind eine tief wirkende Gegenüberstellung zu dem Verlangen Dr. Kaufmanns; denn ihr Inhalt läßt erkennen, wie traurig es den über ihre Unterstützungsdauer hinaus Kranken Kollegen infolge ungenügender Unterstützung und Fürsorge geht. Ein Staat, der dieses Gleichgewicht und andererseits noch vermehren will, hat kein Recht, hohe Pensionen an reiche Leute zu zahlen, die ihren Lebensunterhalt noch in anderer Weise verdienen können oder Vermögen haben. Er sollte gerechter handeln.

Es wäre in Wirklichkeit auch keine Sparsamkeit, was durch die Einschränkung der Unterstützungsbauer in Krankheitsfällen und durch Verlängerung der Altersrente erreicht würde; denn die Not und die Sorge der Kranken und Invaliden und Alten müßten die Gemeinden oder sonstigen gemeinnützigen Institute lindern. Der Staat könnte auf keinen Fall dulden, daß die Armen, Kranken und Alten verkommen würden.

Die in Frage kommenden Instanzen des Staates und die politischen Parteien mögen sich, ehe sie die Vor schläge von Dr. Kaufmann durcharbeiten, überlegen, ob es angebracht ist, das Gleich und das Unrecht zu vergrößern oder Gleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen.

Es besteht zuviel Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf der einen, und zuviel Nachsicht und Unterstützung in sozialer Beziehung auf der anderen Seite; deshalb muß gerechter Wandel geschaffen werden.

Es ist dringend notwendig.

Mehrere Maler.

Gewerkschaftliches.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund nach dem Tode Samuel Gompers. Der Tod des berühmten Gewerkschaftsführers Samuel Gompers hat an der bisherigen Richtung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes nichts geändert. Sein Nachfolger, der neue Präsident des Gewerkschaftsbundes, William Green, ist gleich seinem Vorgänger ein konservativer Gewerkschaftsführer. Er soll keine bedeutende Persönlichkeit sein und beabsichtigt, die Richtlinien, an denen Gompers so viele Jahre hartnäckig festgehalten hat, weiterhin zu verfolgen. Sein Programm hat er in fünf Punkten zusammengefaßt: 1. Vollständige Anerkennung des Prinzipes des Tarifvertrages. 2. Entschlossene Opposition gegen gesetzliche Zwangsgerichtsverfahren. 3. Schutz der Rechte der Arbeiter gegen den Mißbrauch des Einheitsbegriffs. (Nichtliche Befehle zur Verhinderung von Streiks usw.) 4. Widerstand gegen jeden Versuch, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern. 5. Schutz der „legitimen Ausübung unserer Freiheiten und unserer unantastbaren Rechte.“ In Bezug auf die internationalen Beziehungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes hielt sich Gompers, der die kanadische und mexikanische Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln in die amerikanische einbeziehen wollte, von den europäischen, die ihm zu radikal zu sein schienen, entfernt. Die internationalen Probleme haben jedoch an Bedeutung auch für Amerika in einem Maße zugenommen, daß auch die amerikanische Gewerkschaftsbewegung gezwungen sein wird, sich mit den Arbeitsverhältnissen in den europäischen Ländern zu beschäftigen. Die Mitgliederzahl des amerikanischen Gewerkschaftsbundes betrug 1924 2.865.979, etwas mehr als im Jahre 1918. Im Jahre 1919 betrug die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände 3 1/2 Millionen, 1920 stieg sie auf über vier Millionen. Seit diesem Jahre ist die Mitgliederzahl in ständiger Abnahme begriffen, sie ist aber trotzdem noch höher als 1914, wo sie 2 Millionen betrug. Andererseits hat die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die dem Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen sind, stark zugenommen. Zwischen einigen der letzteren mächtigen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsbund besteht große Gegensätze. So steht zum Beispiel die Gewerkschaft der Lokomotivführer, die durch ihre Arbeiterbank Bergwerksunternehmen erworben hat und die Vorschriften des Bergarbeiterverbandes angeblich nicht beachten will, im Kampf gegen den Gewerkschaftsbund.

Soziales.

In Deutschland fehlen über eine Million Wohnungen. Regierungsrat Dr. Rindfuß berechnet die Zahl der in Deutschland unbedingt fehlenden Kleinwohnungen auf über eine Million. Vor dem Kriege war im heutigen Reichsgebiet ein jährlicher Zuzug von 215 000 Wohnungen zu verzeichnen. Da die Haushaltungen in den Jahren 1914 bis 1924 im Jahresdurchschnitt ebenfalls um 215 000 zugenommen haben, ist der jährliche Wohnungsbedarf nicht die Veränderungen der Bevölkerungszahl, sondern die Zahl der Haushaltungen maßgebend. Statt der benötigten 2 150 000 Wohnungen in den vergangenen zehn Jahren sind in dieser Zeitspanne nur 715 000 Wohnungen hinzugelassen, es würden also 1 435 000 Wohnungen fehlen. Wenn man auf die früher immer vorhandene Wohnungsreserve — 1914 gab es 280 000 leere Wohnungen — verzichtet, bleiben noch immer 1 155 000 fehlende Wohnungen. Die Teilung großer Wohnungen, die im übrigen nur 2 Proz. der Gesamtwohnungen ausmachen, ist technisch zumeist nicht durchführbar. Wäre sie möglich, so könnten dadurch auch nur 280 000 Wohnungen gewonnen werden. Regierungsrat Rindfuß zeigt die Lächerlichkeit der Behauptung, daß durch die Aufhebung des Mieterschutzes die Wohnungsnot behoben werden könne. Die Baukosten betragen das Eineinhalbfache der Friedenshöhe, Wangel ist, wenn überhaupt, nur zum zwei- bis fünffachen Rinsfuß der Vorkriegszeit erhältlich, die privatkapitalistisch gebauten Wohnungen müßten zum allermindesten die dreifache Vorkriegsmiete erfordern. Bei Freigabe der Mietpreissbildung hätten die Mieten in den alten Wohnungen zum mindesten die Tendenz, die Höhe der Mieten in den neuen Wohnungen, also der dreifachen Vorkriegsmiete, zu erreichen, was für mindestens 90 bis 95 Proz. der Mieter untragbar wäre.

Von der Keramikindustrie.

Die Lage der Porzellanindustrie in Oberfranken hat sich im Verhältnis zum Monat Dezember im Januar nicht verschlechtert. Der Absatz bewegt sich für das Innland in normalen Bahnen. Vom Auslandsgeschäft wird noch Klause gemeldet. In der Arbeitslosigkeit trat gegen Dezember keine Verschlechterung ein. In einigen Porzellan- und Steingutfabriken im Reich konnten sogar Arbeitskräfte weiter zur Einstellung gelangen. Aus den Berichten unserer Abteilungen konnte entnommen werden, daß noch 2058 Arbeitslose und 3920 Kurzarbeiter im Monat Januar vorhanden waren. — Bei dieser Gelegenheit muß einmal der Bericht in der „Keramischen Rundschau“ Nr. 7 über: „Die Lage der Keramik- und Glasindustrie in Oberfranken im Januar 1925“ erwähnt werden. Darin findet sich der Satz: „Teilweise haben im Berichtsmonat Streiks des Malerpersonals stattgefunden, die natürlich den Geschäftsgang der davon betroffenen Unternehmen ungünstig beeinflusst haben.“ Wer das liest, denkt unwillkürlich, muß es da zugegangen sein. Dabei hat im Januar unseres Wissens nicht ein einziges Malerpersonal gestreikt und deshalb konnten auch keine Unternehmen betroffen und ungünstig beeinflusst werden. Das Blatt brachte schon öfter so sinnlose Berichte und ist anscheinend auf Verleumdung angewiesen, die Mäcker, selbst wenn keine solche vorhanden sind, für Elefanten ansehen.

Die Staatliche Porzellanmanufaktur in Berlin hat nun nach Erledigung der Intrigen von der nationalsozialistischen Seite einen neuen Direktor bekommen, und zwar ist der bisherige Direktor der Majolikamanufaktur in Karlsruhe, Dr. W. o. f. a. n. g., vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe zum Leiter berufen worden.

Aus unserem Beruf.

Die Lungenleiden treten stark in Erscheinung.

Aus den Quittungsformularen einer Zahnklinik konnte festgestellt werden, daß von 130 gemeldeten Kranken 31 mit Lungenkrankheiten und 20 mit Nerven- und Kreislaufleiden sowie Bronchitis behaftet waren, bei 20 war Rheumatismus angegeben und 59 hatten andere Beschwerden, die sie aus dem Krankenzimmer warfen. Die Einwirkung des gefährlichen Staubes, denen hauptsächlich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Rohbetriebe ausgesetzt sind, macht sich unverkennbar geltend. Auch die Nerven-, Kreislauf- und Bronchitiskranken fallen sicher dem Leiden deshalb zum Opfer, weil ihre Organe dem gefährlichen Staub eher unterliegen.

Von den von Lungenkrankheiten befallenen Männern hatte einer das Alter von 19 Jahren, 6 standen im Alter von 20 bis 30 Jahren, 7 in einem solchen von 30-40 Jahren, 8 von 40 bis 50 und ein Betroffener war über 50. Die Frauen waren mit 2 unter 20 Jahren, 2 von 20-30, 3 von 30-40 und eine von 40-50 Jahren vertreten. Die 15 Männer von 30-50 Jahren, die unter Lungenkrankheit litten, waren Dreher von kräftigem Körperbau. Die übermäßige Anstrengung bei der kräftigen Tätigkeit und wilden Arbeitsweise in den Betrieben, der ungenügende Verdienst und mageres Essen mögen sehr dazu beigetragen haben, die Körper der von Lungenkrankheiten betroffenen Kollegen zu schwächen, und so waren sie nicht mehr imstande, den Bazillen entweichenden Widerstand entgegenzusetzen und sie ungefährlich zu machen. Vielleicht haben auch noch ungesunde Wohnungsverhältnisse mitgewirkt, die Krankheit zu fördern.

Wenn auch nicht jede Lungenkrankheit die Lungenüberblaufung zur Folge hat, so ist doch bezeichnend, in wie hohem Maße die Vorzeiliner Lungenkrankheiten Einwirkungen unterliegt.

Die Vorzeiliner haben alle Ursache, noch viel mehr als früher der Lungenüberblaufung ihr Augenmerk zu widmen und sie sollen in den Krankenhäusern veranlassen, daß Sanitätsüber diese Krankheit geführt werden, damit rechtzeitig Einhalt geboten werden kann.

Auch gegen die übermäßige Schufterei muß in allen Zahnstellen immer wieder die warnende Stimme erhoben werden, damit die Einsicht bei manchem einfleht, ehe es zu spät ist.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Schont eure Gesundheit, meidet übermäßiges Rauchen und Trinken, sorgt für sorgfältiges Reinigen der Arbeitsräume, verlangt in allen Arbeitsräumen gute Ventilation und frischen Luftstrom, beachtet alle hygienischen Bedingungen.

Eure Gesundheit erfordert es!

Neuhalbensleben. Nach den Arbeitsgesetzen, die die Porzellanfabrik W. Lange, Neuhalbensleben, in der „Ameise“ erscheinen läßt, könnte man annehmen, sie nehme stets Betriebsveränderungen vor. Dem ist aber nicht so. Der Wechsel ist deshalb so groß, weil sich dort Fremde nicht halten können und auch Einheimische verstanden müssen, anderwärts ein besseres Unterkommen zu finden. Nicht nur bei den Arbeitern ist es etwa so, sondern auch bei den Angestellten. Die Kollegen und Kolleginnen tun gut, die Porzellanfabrik W. Lange in Neuhalbensleben zu meiden, weil die Porensenden nur in Schulden geraten würden. Der Verdienst ist äußerst gering, selbst bei einer Arbeitszeit bis nachts 10 Uhr, und wenn die dortige Zahnklinik nicht schon manchem Beispielsung wäre, stände es noch schlechter. Die Arbeiter wären bumm, wenn sie durch ungenügende Löhne dem Betrieb das Benutzen ermöglichen würden. Wenn die Unorganisierten das machen wollen, die freigewerkschaftlich Organisierten sind zu schade dazu. Weht also um den Betrieb im weiten Bogen herum.

Rebren. Die Differenzen in der Porzellanfabrik Reben wurden zur Zufriedenheit beider Teile wieder beseitigt und es steht einer etwaigen Arbeitsaufnahme dort nichts mehr im Wege. Allgemein gilt für Arbeitsuchen die Pflicht, sich auch, wie in anderen Zahnstellen, um die Verhältnisse zu erkundigen. Im Differenzbericht ist vom Betriebsleiter die Rede; damit ist der den Betrieb führende Herr Carlens gemeint gewesen. Der Obermaler heißt nicht Hertel, sondern Härdel.

Bermischtes.

Die berufliche Gliederung der englischen Arbeiterschaft. Vor kurzem ist die Berufsstatistik Englands für das Jahr 1921 erschienen. Von den über zwölf Jahre alten männlichen Personen, deren Zahl 13 901 000 beträgt, waren 12 112 000 beruflich tätig und 1 788 000 beschäftigungslos oder im Ruhestand. — Von den 15 699 000 weiblichen Personen waren 5 065 000 beschäftigt und 10 634 000 ohne Beschäftigung. Die Zahl der in den wichtigsten Berufen Beschäftigten betrug:

	Männlich	Weiblich
Landwirtschaft	1 171 298	88 052
Bergbau	1 061 749	8 864
Metallindustrie	1 540 235	109 074
Textilindustrie	871 684	608 908
Transportwesen	1 420 693	68 580
Handel	1 068 120	498 056
Privatangehörige	508 634	429 096
Arbeiter	503 535	1 748
Maler	204 811	2 863
Gesamtschiffahrt	839 944	1 676 426

Das Getreide für die Branntweinbrenner freigegeben! Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Verarbeitungen von Getreide zu Branntwein wieder uneingeschränkt zugelassen. Er begründet die Freigabe damit, daß größere Getreidemengen infolge der ungünstigen Witterung im vergangenen Sommer und Herbst nicht mehr zur menschlichen Ernährung verwertbar seien. Aber dann hätte er nur das schlechte, ungenießbare Korn und nicht gleichzeitig auch das vollwertige, unverdorbene freigegeben dürfen! Auch der zweite Grund, die Verstärkung der Schlemperzeugung sei notwendig, ist genau so wenig stichhaltig. Es gibt jetzt genug anderes nährstoffreiches Futter, so daß die Umwandlung dringender gebrauchter menschlicher Nahrung in Viehfutter nicht verantwortet werden kann. Die Kornbrenner sehen jetzt ihre stets rücksichtslos vertretene Forderung erfüllt — ihr Geschäft wird blühen, und das Volk wird das Brot noch teurer bezahlen und noch mehr hungern müssen!

Versammlungsberichte.

München. Die letzte Monatsversammlung am 2. Februar war wieder besser besucht, als es die Versammlungen in letzter Zeit gewesen sind. Es waren 88 Kollegen und Kolleginnen anwesend. Vorsitzender Fischer berichtete über Verhandlungen bei der Firma W. i. e. n. i. n. g. e. r, die sich weitert, den dort beschäftigten Malern und Malerinnen bezu. Brüderinnen, die durch Schiedsspruch festgelegten Zulagen zu bezahlen. Es wird beschlossen, die Sache an das Schiedsamt oder den Landesrichter weiter zu leiten. Ueber die Firma F. a. g. e. r & C. o. werden eine Reihe von Beschwerden vorgebracht. Leider sind dort ein Teil der Kollegen unorganisiert. Beschlossen wird, alle Kollegen, die dort Arbeit nehmen wollen, in ihrem eigenen Interesse zu ermahnen, sich zuerst über die Verhältnisse bei Jäger beim Zahnstellenvorstand Rudolf Fischer in München, Münchenerstraße 3/1, zu erkundigen.

Literarisches.

„Hoharbeiter - Jugendblatt“ betitelt sich die vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegebene Zeitschrift für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter aller Berufe der Holzindustrie und kann von Interessenten vom genannten Verband, Berlin S.O. 16, Am Köllnischen Park, bestellt werden.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam herausgegebene Vierteljahrsschrift „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“, die schon ihren fünften Jahrgang begonnen hat, bringt neben Artikeln über aktuelle Arbeiterfragen auch alle offiziellen Dokumente und Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes sowie die hauptsächlichsten Entschlüsse nationaler und internationaler Gewerkschaftskongresse. Diese Zeitschrift ist für alle, die in der Gewerkschaftsbewegung aktiv tätig sind sowie überhaupt für jene, die sich über die internationale Gewerkschaftsbewegung unterrichten wollen, ein unentbehrlicher Beistand. Vor allem ist sie für die Gewerkschafts- und Arbeiterbibliotheken von großer Bedeutung. Der Abonne-

herausgegeben vom Verband der Vorzeilan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Menninger, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: Wilh. Herden, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.
Drud.: C. Janiszewski, Berlin SO, Eliisabethufer 28/29